



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

33. JAHRGANG

JUNI 1981

NUMMER 2

Bundeshauptversammlung — Gedenkfeier in Mauthausen

Am 16. Mai 1981, um 16.00 Uhr, fand in Linz die Jahreshauptversammlung des Kuratoriums der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten mit Neuwahl der Funktionäre des Bundesverbandes statt. Alle Landesobmänner und viele Vorstandsmitglieder der Landesverbände waren mit ihren Angehörigen eingetroffen und wurden im Landesfortbildungsinstitut der Landwirtschaftskammer von Oberösterreich bestens untergebracht.

An der Kuratoriumssitzung und Jahreshauptversammlung konnten alle Funktionäre der Landesverbände und die Vertreter des Redaktionsausschusses vom FREIHEITSKÄMPFER teilnehmen. Der Bundesobmann Reg.-Rat Franz PERNAUER erstattete einen sehr ausführlichen Bericht über die bisherige vielseitige Tätigkeit der Bundesleitung, die derzeitige Situation innerhalb der Gesamtpartei und gab seine Stellungnahme zur kritischen innenpolitischen und wirtschaftlichen Lage ab.

Die bewährte und oft erfolgreiche Mitarbeit unserer Kameradschaft in der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände, in der ÖF-Kommission beim Sozialminister und in den ÖF-Rentenkommissionen bei den einzelnen Landesregierungen sowie im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes bewiesen die doch mögliche und wirksame Zusammenarbeit mit den Vertretern anderer ehrlicher politischer Gesinnung auf Grund der gemeinsamen Erlebnisse während der NS-Verfolgung und dem gezeigten Willen zum gemeinsamen Wiederaufbau Österreichs nach 1945.

Die Neuwahl der Bundesfunktionäre

durch die stimmberechtigten Mitglieder des Kuratoriums erfolgte einstimmig. Bundesobmann Reg.-Rat PERNAUER wurde wiedergewählt, als sein Stellvertreter Bundesrat Eduard PUMPERNIG, Landesobmann von Steiermark, und Direktor i. R. Ing. Karl SERSCHEN, Landesobmann von Oberösterreich, der Kassier Franz FORSTER, Wiener Landesobmannstestvertreter, der Schriftführer Wilfried Hofrat i. R. Dr. Ludwig MOHR, Landesobmann von Niederösterreich, sowie die beiden Rechnungsprüfer VSDr. i. R. OSR Gertraud JEDLICZKA und Bibliothekar Robert R. POLLAK wurden ebenfalls wiedergewählt. Die Landesobmänner berichteten anschließend über die Arbeit und die Situation der Landesverbände. Eine allgemeine Aussprache über Wünsche und Verbesserungen des geltenden Optimechtes schloß die Kuratoriumssitzung.

Die Damen und Kinder der Verbandsfunktionäre hatten unterdessen, betreut von der ortskundigen und liebenswürdigen Frau SERSCHEN, in einem Autobus die Wallfahrtskirche auf dem Pöstlingberg besucht und danach eine Rundfahrt durch Linz und eine Besichtigung der Zisterziensabtei und Basilika Wilhering am Fuße des Kumberges absolviert. Im Anschluß an die Hauptversammlung und Rundfahrt für die Angehörigen versammelten sich alle im Speisesaal des Institutes zum gemeinsamen Abendessen und zu einem Kameradschaftsabend.

Kamerad Vizekanzler a. D. Dr. Fritz BOCK war inzwischen auch eingeladen. Reg.-Rat PERNAUER würdigte

dessen besondere Verdienste um die politische Verfolgten und unsere Kameradschaft. Selbst schwer verfolgt vom NS-Regime, am 15. März 1938 verhaftet und mit dem „Prominententransport“ am 1. April darauf in das KZ Dachau eingeliefert worden, blieb Dr. BOCK trotz allem Terror ungebeugt. Er war 1945 Gründungsmittglied der ÖVP und vertiefte auch seine Kontakte zu den ehemals politisch Verfolgten an anderer westlicher Staaten bis zur Gründung der FELDIP. Als erster Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft, als Abgeordneter zum Nationalrat und auch als langjähriges Mitglied der Bundesregierung, zuletzt Vizekanzler, war der führende Politiker Dr. BOCK schon immer für unsere Belange eingetreten und mit uns ständig verbunden. Das Kuratorium hatte ihn anlässlich seines 70. Geburtstages am 26. Februar 1981 zum Ehrenobmann gewählt und der Bundesobmann konnte ihm bei diesem Kameradschaftsabend in würdiger Form vor allen Teilnehmern die Ehrenurkunde überreichen.

Am nächsten Tag, am Sonntag, dem 17. Mai 1981, fuhren die Teilnehmer der Hauptversammlung mit ihren Angehörigen in zwei Autobussen und mehreren eigenen Pkw von Linz in das ehemalige KZ Mauthausen. Am Gedenkstein auf dem einst berüchtigten Appellplatz fand eine Totenehrung statt. Nach Worten des Gedenkens für alle Opfer des NS-Terrorregimes und einem stillen Gebet wurde ein Kranz niedergelegt. Kamerad Ing. SERSCHEN führte noch durch das Lager, das Museum und zu den nationalen Gedenkstätten außerhalb des Lagers.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Angst vor Terror

Der grausame Terror des verfallenen NS-Regimes ist seinen am Leben gebliebenen politischen Gegnern in schmerzlicher Erinnerung. Die legal und auf demokratischem Wege gelungene Machübernahme der NSDAP Hitlers in Deutschland hat dem daraufhin herrschenden Staats- und Parteiapparat mit Hilfe vieler fanatischer Anhänger aller Intelligenzstufen die Errichtung eines Gewaltregimes bald ermöglicht. Im annektierten Österreich haben die in Deutschland erst erprobten Terrormethoden noch ihre höchste Perfektion erreicht. Gegner des Regimes sind als Staats- und Volksfeinde behandelt worden, sogar bloß Uninteressierte oder Verweigerer am Mitmachen haben oft bittere Maßregelungen erleiden müssen.

Im aktiven Widerstand tätige Gruppen haben schon lange vor ihrer unausbleiblichen Entdeckung in Furcht und Unruhe gelebt; wenn auch nicht gerade wegen des ihnen persönlich blühenden Schicksals, aber doch in begründeter Sorge um das damit verbundene Los ihrer Familien und ihrer Freunde. Die Sippenhaftung hat da eine unglaubliche Renaissance gezeigt. Dennoch haben sich diese wahren Helden aus verschiedensten Lagen im anfangs ziemlich aussichtslosen Widerstand und Freiheitskampf betätigt — der Opfermut und die Opferbereitschaft haben die menschlich verständliche Angst weit überlagert! Dem übermächtigen Terror durch die Obrigkeit und ihre vielen bereitwilligen Helfer und Denunzianten sind die sich erklärenden politischen Gegner als kleine Minderheit fast hilf- und schutzlos und sogar von den Nachbarn angefeindet gegenüber gestanden.

In unserer wiedererlangten Freiheit in einer inzwischen hochentwickelten Demokratie steht einer verantwor-

tungsbewußten Staatsverwaltung fast die ganze Bevölkerung an der Seite. Nur ganz wenigen behagt der gewaltfreie Zustand in der Innenpolitik nicht, oder sie wollen gerade in dieser Atmosphäre der Toleranz, diese als Schwäche betrachtend, ihre ausgefallenen Vorstellungen und Wünsche über die Freiheit im Staat oder ihre persönliche Freiheit ohne Staat und ohne Rücksicht auf die Erwartungen der anderen Bürger verwirklicht sehen! Das bedeutet aber Mißverständnis und Mißbrauch der Freiheit, der echten Demokratie und des Rechtsstaates!

Angst zu haben vor möglichen Ereignissen ist natürlich erklärbar und auch zu verstehen! Ein Feuerwehrmann nimmt bei einem Großbrand ein hohes persönliches Risiko in Kauf und geht in den Einsatz, der Polizist oder Gendarm muß in Ausübung seiner Rechtspflicht gegen einen gewalttätigen oder gemeingefährlichen Straftäter oder Geistesgestörten mutig und ohne Bedenken sofort einschreiten, Zollorgane und Steuerfahnder treffen oft auf skrupellose Personen und können auch nicht an ihre eigene Sicherheit vorrangig denken. Notfallsituationen lassen rechtlich Güter- und Interessenabwägungen zu, die Sofortentscheidungen müssen aber ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit und das eigene Leben in der Ausübung der sehr karg entlohnten Berufspflichten selbstverständlich überwandern werden. Das erwarten alle!

Wie viele Strafrichter über kriminelle Taten müssen ohne Anonymität verhandeln und Urteile fällen und werden dafür gefährlich bedroht! Wie viele Bürger treten als Zeugen auf und müssen dafür mit vielen Schereien und oft auch mit Feindseligkeiten und persönlichen Angriffen rechnen! Der Schutz dafür ist recht unzureichend und auch die vorgesehene Geheimhaltung ihrer Personalien wird manchmal

sehr unüberlegt und unverantwortlich verletzt! Reporter und Publizisten greifen oft heiße Themen auf oder prägen vermutete Mißstände an, die brutale Typen und andere Außenseiter unserer sonst sehr kultivierten Gesellschaft reizen können! Und gar unsere Politiker, ob hauptsächlich ausreißend honoriert oder ehrenamtlich neben ihrem Beruf tätig, stehen rund um die Uhr samt ihren vernachlässigten Familienmitgliedern im vollen Rampenlicht, im Blickfeld der Öffentlichkeit, aber auch in der Visierlinie von blutrünstigen Schützen!

Absoluten Schutz gegen Attacken oder Attentate von Wahnsinnigen oder Desperados kann kein Gemeinwesen den Aktivisten der Politik oder auch Unbeteiligten und bloßen Passanten zusichern! Aber aggressiven politischen Extremisten und Radikalen muß klar und deutlich ins Bewußtsein gebracht werden, daß alle Intrigen, Subversionen, Einschüchterungen, Drohungen mit Gewalt und auch tatsächlicher Terror die große Zahl unserer Bürger nicht wieder in feindliche Lager und Grabenkämpfer spalten kann! Ausländische Inspiratoren und Aktivisten sind entschieden abzuwehren, ausländische Eskalationen und manchmal von ausländischen Behörden lokal geduldeten Skandale und ärgere Exzesse ahmen wir weiterhin nicht nach! Unsere Demokratie haben wir mühevoll und opferreich wiedererlangt und wiederaufgebaut. Sie ist gefestigt genug, um auch eine neuerliche Krise wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder politischer Art durch Verständnis füreinander und zumutbare Toleranz untereinander gemeinsam mit verstärktem Einsatzwillen aller positiven Kräfte zu überwinden! Wer in führender politischer Position steht und nicht zur Zusammenarbeit mit politischen Menschen einer anderen Gesinnung und ehrlichen Überzeugung bereit ist, muß die Konsequenzen ziehen und von der Kontakt- und Reibungszone wegstreten oder dazu veranlaßt werden! Es ist schon sehr spät hierfür!

(Fortsetzung von Seite 1)

Aus seinem eigenen Erleben als NS-Opfer konnte er den Angehörigen der Opfer und vor allem der Jugend die Leiden der ehemaligen Häftlinge sehr eindringlich schildern und die Foltermethoden dieser willigen Schergen beschreiben. Dieses Wochenende in Linz und in Mauthausen mit den bedeutenden Veranstaltungen hatte allen Teilnehmern aus unserer Kameradschaft und deren Angehörigen gezeigt, daß wir Überlebenden dieser Zeit ohne Gnade weiterhin mit vollem Einsatz für Österreich und seine Freiheit in Ordnung eintreten und kämpfen müssen, damit sich solche unvorstellbare Haßorgien und Grauel nicht mehr wiederholen können!

Parlament und politisches Klima

Mit Unbehagen und sogar Unverständnis nehmen viele demokratische Bürger wahr, daß gewählte Volksvertreter im Parlament und in den Medien die Grenzen einer harten Kritik am Andersdenkenden und politischen Gegner nicht erkennen können oder wollen und die persönliche Ehre und Würde des anderen heftig und maßlos angreifen, Verdächtigungen, Beschuldigungen und Schimpfwörter bekommen die Seher, Hörer und Leser übermittelt, die manchem objektiven Bürger die Eignung der sich so artikule-

renden Parlamentarier für dieses hohe Amt im Namen des Volkes bezweifeln lassen. Deftige Ordnungsrufe ertönen im Tumult und sind sogar passend. Die berufliche Immunität schützt die Mandatäre vor einer Strafverfolgung wegen der beruflich gemachten Äußerungen. Der Kontakt untereinander leidet aber sehr darunter, führt wiederholt zu „Eiszeiten“ und läßt begründete Besorgnisse für eine weitere gedehnte Tätigkeit in der gesetzgebenden Körperschaft auftreten. Verbale Entgleisungen und eine Radikalisie-

rung in der Tagespolitik schaden dem Ansehen des Hohen Hauses sehr! Die Wähler und das ganze Volk unserer vielgepriesenen Demokratie bemerken wohl diese Krisenzustände im Parlament, lassen sich aber bislang noch nicht zu offenen Feindseligkeiten oder gar Straßenkämpfen fanatisieren; aber Demokratieverdrossenheit wird so nicht beseitigt und schwindendes Vertrauen zum praktizierenden Parlamentarismus zeigt sich deutlich. Einzel- und Gruppeninteressen werden außerhalb der politischen Parteien vorgebracht, die beruflichen Interessenvertretungen werden nicht immer angehört, die Propaganten von Initiativen machen in Flugblättern, auf Plakaten oder mit Demonstrationen auf ihre Wünsche und Forderungen aufmerksam. Störungen des öffentlichen Verkehrs zu Stoßzeiten führen zu Ärgernis und Wortplänkchen der Demonstranten mit Passanten. Auch die Polizei muß manchmal eingreifen!

Ein Vergleich dieser Gegenwartserscheinungen mit der Ersten Republik in den frühen dreißig Jahren wird manchmal angestellt, ist jedoch nicht sehr zutreffend, aber als Warnung vor einer Ausweitung dieser Krisenlage schon zu beachten, bevor es wirklich zu spät sein könnte dafür! Vor solchen Jahren wie um 1930 mit permanenter Bürgerkriegsgefahr und kampfbereiten Parteienmüssen müssen uns wir vielgeprüften Österreicher ehrlich fürchten und rechtzeitig besonnen eine friedliche und gemeinsame Lösung oder zumindest Milderung der immer bedrückenderen wirtschaftlichen Probleme herbeizuführen suchen!

Die Generation von 1945 hat im Krieg, in den Lazaretten, in der Gefangenschaft oder auch als NS-Opfer in den Gefängnissen und Konzentrationslagern schwere Notzeiten erlebt und erlitten. Mit neuer Hoffnung und großem Mut sind diese Bürger zum Wiederaufbau des zerstörten Österreichs angeordnet und haben alles Trennende zurückgestellt. Frühere politische Gegner und Feinde in der Ersten Republik haben sich über Gräben und Gräber hinweg verständigt, um versöhnt ihren Beitrag für Österreich und sein Volk zu leisten. Die geteilte Schuld am blutigen Bürgerkrieg und an den Februarkämpfen 1934 ist den Männern und Frauen dieser Generation durch ihre erfolgreiche gemeinsame Aufbauarbeit nach 1945 nicht mehr vorzuwerfen gewesen! Diesen Vorbildern müssen wir folgen und unsere ganze Kraft in der gegenwärtigen Krise für die Sicherung und Erhaltung des mühselig Erreichten einsetzen! Neue Wege der Verständigung und eine andere Alltagspolitik als gegenwärtig können dies bei ausreichend gutem Willen herbeiführen!

Parlamentarisches Untersuchungsrecht — Machtkontrolle durch Opposition

Dem Nationalrat stehen nach unserer Bundesverfassung mehrere politische Kontrollrechte gegenüber den Regierungsmitgliedern und der Bundesverwaltung zu. Die Form der parlamentarischen Kontrolle für die Vollziehung in Österreich ist noch ganz von den Voraussetzungen hierfür in der längst verlassenen konstitutionellen k. u. k. Monarchie geprägt. Da setzte der Kaiser die ihm allein verantwortliche Regierung ein, dem das demokratisch legitimierte Parlament, der Reichsrat, kontrollierend gegenüber gestanden ist. In unserem jetzigen parlamentarischen Regierungssystem der Republik braucht die vom Bundespräsidenten besetzte Regierung für ihre Tätigkeit das Vertrauen der Mehrheit im Parlament. Die Interessen der Regierung und der sie stützenden Parlamentsmehrheit werden selten kollidieren, so daß eine wirksame Kontrolle nur durch die Opposition möglich ist. Dem volksnahen Parlament werden aber wenig versierte Experten angehören, die die Verwaltung mit ihren sehr zahlreichen Experten überprüfen können werden. Dem kann nur abgeholfen werden, wenn den Parlamentariern geeignete Sachverständige zur Verfügung gestellt werden, die aber wirklich unabhängig sind und einen Namen haben!

Von diesen politischen Kontrollrechten des Nationalrates an der Verwaltung ist das „**parlamentarische Untersuchungsrecht**“ gemäß Artikel 53 Bundes-Verfassungsgesetz 1929 sicher das bedeutendste. Die Mehrheit im Nationalrat (und nur diese!) kann durch Beschluß einen „**Untersuchungsausschuß**“ einsetzen. Bereits im Einsetzungsantrag müssen der Gegenstand der Untersuchung und auch die Zusammensetzung dieses Ausschusses enthalten sein und mindestens ein Mitglied jeder im Hauptausschuß des Nationalrates vertretenen Partei muß in diesem Untersuchungsausschuß dann mitwirken. Das Ergebnis der Beweiserhebungen und die Feststellung von tatsächlichen Verhältnissen sind nur dem Nationalrat bekanntzugeben, der darüber öffentliche Debatten führen kann. So ist es in der Verfassung und der Geschäftsordnung des Nationalrates festgelegt und ist es auch in den wenigen Fällen vor dem AKH-Ausschuß praktiziert worden!

Dieser AKH-Untersuchungsausschuß, dem ein Mitglied der kleinsten Partei und „dritten Kraft“ sogar als Vorsitzender angehört, hat nun seine Beweiserhebungen beendet und die drei Fraktionen verfassten gesondert den Schlußbericht an den Nationalrat. Persönliche und politische Konsequenzen

sind in der Folge, wie die bisherigen Mitteilungen an die Medien lauten, kaum zu erwarten. Die Bürger haben während der Untersuchungstätigkeit des Ausschusses von einzelnen Mitgliedern sehr viele Worte gehört und bislang ziemlich fremde Gesichter im Fernsehen betrachten können. Ein massives Ergebnis ist im voraus angekündigt worden und dann aber ausgeblieben. Propaganda und gewünschte Information sind äußerst ungleichgewichtig vorgesetzt worden!

Eine effizientere Kontrolle der Machtausübung durch das harmonische Zusammenwirken einer einflügeligen Regierung mit unterstützender Mehrheitspartei sollte künftig von einer ausreichend qualifizierten Parlamentsminderheit erreicht werden können. Die Möglichkeit zur Abwicklung eines politischen Konkurrenzkampfes der Opposition in einem solchen Untersuchungsverfahren müßte sehr eingeschränkt werden. Mehr Einblick und Kontrolle in die staatliche Verwaltung ist wünschenswert und zu realisieren. Reine Privatsphären jedoch, auch das Steuergeheimnis und eröffnete betriebliche Besonderheiten von Privatunternehmen, müßten besser als zuletzt gesichert werden! Der Schutz der Immunität reicht sehr weit und verteilt zu leicht zu Überschreitungen des öffentlichen Auftrages und Rechtes.

Der Staat darf sich ja selbst am allgemeinen Wirtschaftsleben als Unternehmer beteiligen und sich so auf direktem Weg Einnahmen und sogar Gewinne holen, er soll aber in einer Privatwirtschaft als staatliche Verwaltungstätigkeit strenger und öfter kontrolliert werden als bisher. Die rein privaten Unternehmen in unserer Marktwirtschaft sind im Konkurrenzkampf mit den mächtigen staatlichen Unternehmen sowieso im Nachteil und unterliegen auch anderen Gesetzen und Einflüssen. Der Manager eines privaten Unternehmens riskiert Privatkapital und Arbeitsplätze seiner Mitarbeiter, der Manager eines staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmens ist leicht auswechselbar und wird selbst meistens anderswo versorgt. Beispiele genug sind in letzter Zeit aufgezeigt worden. Die Kontrolle der Machtausübung durch staatliche Organwalter oder mit öffentlichen Mitteln muß daher mehr ausgebaut werden, die reine Privatwirtschaft und die persönlichen Angelegenheiten der Staatsbürger sind hingegen mehr zu respektieren und zu schonen! Aus dem gemachten Erfahrungen soll auch der entsprechende Nutzen gezogen werden!

Besonderes Gedenken

20. Todestag von Lois WEINBERGER

Am 17. März 1961 starb Kamerad Lois WEINBERGER im 59. Lebensjahr. Mit ihm verloren die ÖVP-Kameraden der politisch Verfolgten, die Fraktion christlicher Gewerkschafter und der ÖAAB einen stets einsatzbereiten und bekenntnisfrohen Mitarbeiter und Kameraden. Schwerste Verfolgung und Haft durch das NS-Regime konnten ihn nicht beugen. Obwohl er an den Haftfolgen schwer litt, wirkte er nach 1945 am Wiederaufbau Österreichs und vor allem Wiens in führenden Stellungen mit.

Der Bankbeamte Lois WEINBERGER war in den dreißig Jahren Sekretär des Zentralverbandes christlicher Angestellter und immer ein treuer Weggefährte von Leopold KUNDSCHAK. Im Ständestaat kämpfte er für eine demokratische Umgestaltung des Ständestaates von innen her und besonders gegen die staatliche Überwachung der Einheitsgewerkschaft. Er war Vorsitzender des Berufsverbandes Geld- und Kreditwesen im Gewerkschaftsbund.

Franz Hauf

Der FREIHEITSKÄMPFER heute und morgen

Österreich hat auf Grund seines Staatsvertrages seine Neutralität und damit auch seine Freiheit erlangt. Das ist **keine Neuigkeit und ist allgemein bekannt**. Wir wissen auch, daß der Freiheitskämpfer damals, als es um unser Vaterland ging, einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung unseres Freiheitszieles geleistet hat. Man könnte heute die Frage stellen, inwieweit jetzt noch die Begriffe von Freiheitskämpfern aktuelle Bedeutung haben? Nachdem wir ohnedies die Freiheit haben und in Frieden leben — was Österreich anlangt — sollte man meinen, daß die Bezeichnung Freiheitskämpfer ad absurdum zu führen wäre. Dem ist nicht so. Das österreichische Volk, einmal mit dem Gedanken an einen Freiheitskampf und der daraus entstehenden Folgen konfrontiert, ist heute nicht nur Wächter und zugleich Garant für eine friedliche, politisch einwandfreie Weiterentwicklung im Sinne der uns durch den Staatsvertrag auferlegten Verpflichtungen, sondern Vorbild weltweit Überlegungen.

Dem Freiheitskämpfer kommt nicht nur im Kriegsfall eine besondere Aufgabe zu, sondern vielmehr in Friedenszeiten. Sein in den beiden letzten Krie-

ge im März 1938 verlor WEINBERGER seinen Posten und wurde Versicherungsvertreter. Im Untergrund knüpfte er auch Kontakte zu den früheren Freien Gewerkschaften um Dr. Alfred MIGSCH und zum deutschen Widerstand um Jakob KAISER. Nach dem mißglückten Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 erlitt WEINBERGER knapp dem Henkerbeil des Dritten Reiches. Als Mitgründer der ÖVP und des ÖGB ab 1945, als Staatssekretär und Bundesminister ohne Geschäftsbereich im Kabinett FIGL, als langjähriger Wiener Vizebürgermeister und als ÖAAB-Bundesobmann trat WEINBERGER immer intensiv für die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte ein und fand auch Anerkennung und Freunde im anderen Lager. Unsere Kameradschaft der politisch Verfolgten fand in allen Belangen die volle Unterstützung von Kamerad Lois WEINBERGER und ehrte ihn mit dem goldenen Ehrenring. Wir wollen seiner zum 20. Todestag besonders gedenken und werden ihn auch nie vergessen!

gen gewonnenes Freiheitsbewußtsein prädestiniert ihn, seine Erfahrungswerte und Erkenntnisse entsprechend weiterzugeben und vor allem an unsere Jugend. Sie sollen eine Dokumentation, eine Manifestation und zugleich eine Warnung sein, allfällige Aggressionen auf unser Territorium hintanzuhalten. Die Einheit, die Stärke und die Solidarität unseres Volkes soll die Grundlage aller innen- und außenpolitischen Angelegenheiten und Maßnahmen sein.

Gerade in unserer Zeit haben die alten Veteranen des Freiheitskampfes eine Signalwirkung zu setzen, die Wachsamkeit in unserem Land, wo es rund um spektakuläre Auseinandersetzungen gibt, zu verstärken.

Wenn viele Österreicher heute den Standpunkt vertreten, wir leben ohnehin in Frieden und Freiheit und haben daher nichts zu befürchten, so mag dies im ersten Augenblick richtig scheinen. Sie bedenken aber nicht, daß eine Organisation, eine Kameradschaft, die in Friedenszeiten aufgebaut, erweitert und jederzeit mobil gemacht werden kann, für unsere Zweite Republik von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. **Wir alle, auch die Politiker, wissen heute nicht, was mor-**

Volkszählung 1981

Alle zehn Jahre findet in Österreich eine Volkszählung statt. Diese statistische Erfassung zum Stichtag 12. Mai 1981 bringt nach ihrer Auswertung wichtige Daten über die Zahl und den Aufbau der Wohnbevölkerung im gesamten Bundesgebiet. Alter, Geschlecht, Familienstand, Wohnort, tatsächlicher überwiegender Mittelpunkt der Lebensbeziehungen, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Religionsbekenntnis, Bildungsweg, Lebensunterhalt im Hauptberuf und durch einen Nebenerwerb sind die Hauptfragen auf den Formularen gewesen. Gleichzeitig hat auch eine Häuser- und Wohnungszählung sowie eine Arbeitsstättenzählung stattgefunden.

Die langwierige Auswertung kann zu Verschiebungen der Mandatszahlen nach der Kopfzahl der Bevölkerung führen und somit die nächsten Wahlen beeinflussen. Aber auch der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hängt davon ab. Der Finanzbedarf der Gebietskörperschaften ist durchaus größer als ihre Finanzkraft durch lokale Erträge. Nach dem Bevölkerungsschüssel werden viele Einnahmen aus Steuern und Abgaben aufgeteilt. Ein Wiener, der seinen „Mittelpunkt der Lebensbeziehungen“ außerhalb Wiens bezeichnet, weil er dort einen Zweitwohnsitz hat, fügt der Stadt Wien dadurch einen Verlust in 10 Jahren von mindestens 127.500 Schilling zu. Ein ähnlicher Betrag fließt aber dafür der anderen Gemeinde zu!

Diese Volkszählung zeigt also, daß nicht allein der wahrheitsgemäße Bürger zu Wahlzeiten von den wahlwerbenden Parteien wegen der Mandate umworben werden muß, sondern daß auch jeder innerhalb Österreichs Wohnende einen berechenbaren Wert hat. In den verschiedenen Medien haben daher schon seit längerer Zeit die Länder und Gemeinden um mehr Bewohner gewonnen, die sich bei zwei oder gar noch mehr Wohnsitz für den „Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen“ entscheiden müssen. Mit großer Spannung werden nun die Auswirkungen dieser Volkszählung 1981 erwartet!

gen auf uns zukommen wird. Vorbeugende Maßnahmen gibt es in der Medizin und in anderen Bereichen und es wäre eine Notwendigkeit, in einer Krisenzeit, die Österreich gerade durchmacht, wo es um die Aufrechterhaltung unserer Freiheit geht, diese zu forcieren. Der Freiheitskämpfer war gestern ein Begriff, er ist heute eine unbestrittene Persönlichkeit und morgen ein Faktum. Seiner Person soll nicht nur eine Symbolhaftigkeit zu-

kommen, oder ein Erinnern an den Zweiten Weltkrieg bekunden, sondern vielmehr seine Vaterlands- und seinen Abwehrwillen gegen Krieg und Terror unterstreichen.

Der Freiheitswille des Österreichers wurde mit viel Blut und Opfern errungen und es gilt heute ganz besonders, das erworbene kostbare Gut, eben unsere Freiheit und unsere Neutralität zu erhalten, gerade jetzt in einer Zeit, wo der Terror auch in Österreich seinen Einzug gehalten hat.

In dieser unheilsschwangeren Zeit bedarf es auch eines Freiheitskämpfers, der für Recht, Ordnung und politische Sauberkeit der richtige Mann ist. Wir dürfen diesen Freiheitskämpfer nicht aus unserem Gedächtnis streichen, im Gegenteil, wir müssen uns mit seinen Bestrebungen solidarisch erklären und ihn ideell und materiell unterstützen.

Diese Unterstützung ist notwendig, weil wir die Nutznießer der Freiheit und der damit verbundenen Errungenschaften sind und daher die Leistungen und Opfer der Kämpfer für die Freiheit Österreichs anerkennen müssen. Selbst mitzutun, einen kleinen Obolus für diejenigen zu leisten, die den Grundstock zur Zweiten Republik gelegt haben, wäre eine Selbstver-

ständlichkeit, fällt uns aber nicht ein! Hauptsache ist, es geht uns gut! Wir machen unsere Geschäfte und sind zufrieden im Wohlstandsparadies. Dieser Standpunkt ist unrichtig.

Das Opfer- und Fürsorgegesetz reicht nicht aus, um den Opfern des letzten Krieges eine echte Entschädigung zu bieten. Dank und Anerkennung allein genügen nicht. Personen, Persönlichkeiten, Firmen bis zur Industrie, die

gut verdienen, sind nicht bereit, einen bescheidenen Anteil für diese bedauernswerte Gruppe von Menschen zu leisten.

Danken wir an die Menschen in anderen Ländern, die uns ob unserer Freiheit und unserer Neutralität beneiden und viel geben würden, wenn sie ohne Furcht in Frieden und Freiheit leben könnten wie wir.

Christliche Sozialpolitik — Enzykliken 1891 und 1931 bis heute

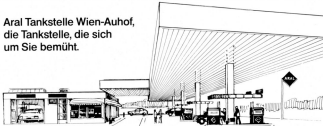
Papst Leo XIII. erließ am 15. Mai 1891 — vor nunmehr 90 Jahren — seine berühmte Enzyklika „Rerum novarum“ als Arbeiter Rundschreiben und leitete damit eine neue Ära der christlichen Sozialpolitik ein. Die fortschreitende Emanzipation der Arbeiterschaft als vierter Stand und aufstrebende soziale Gewissensbisse in bürgerlichen Kreisen erforderten eine deutliche Stellungnahme Roms. Staat, Kirche und Arbeiterschaft sollten im Zusammenwirken eine Lösung des sozialen Problems in der industriellen Gesellschaft suchen und finden. Der Arbeiterschaft mußte eine Möglichkeit zur Organisation und zur Selbsthilfe ge-

boten werden. Dem Staat sollte nur mehr der Schutz und nicht die Bevormundung dieser Organisationen zukommen. Die eintretende politische Mündigkeit der Arbeiterschaft und die bereits 1885 erfolgte Einräumung eines beschränkten Wahlrechtes führte auch zu einem Werten um Arbeiterstimmen für die bürgerlichen Parteien. Eine Rückkehr zum mittelalterlichen Ständeprinzip verwarf der Papst jedoch in diesem Rundschreiben. Zum 40. Jahrestag dieses Arbeiter Rundschreibens im Jahre 1931 erließ Papst Pius XI. die zweite Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ und wies

(Fortsetzung auf Seite 5)

Die erste nach der Autobahn

Aral Tankstelle Wien-Auhof, die Tankstelle, die sich um Sie bemüht.



Schnellwäsche, Service, Reifendienst, die große Auswahl in der Aral-Boutique, sowie kalte und warme Getränke im Automatenbuffet stehen für Sie bereit.

„MARTHA“ ERDÖLGESELLSCHAFT M.B.H.



Landesverband Wien

Generalversammlung 1981

Der Landesverband Wien der ÖVP-K hielt seine ordentliche Landesgeneralversammlung am 24. März 1981 in Wien 8, Laudongasse 16, ab. Der neugewählte Landesvorstand für die nächsten drei Jahre setzt sich wie folgt zusammen:
Landesobmann:
Reg.-Rat Franz PERNAUER
Landesobmann-Stellvertreter:
Franz FORSTER
Baumeister Franz OTT

Kassier:
OAR i. R. Leopold MARTINEK
Schriftführer:
Dir. OSR Dr. Josefa BREUER
10 Beisitzer:
DKFM Hans BRUNNER
Dr. Franz FILLITZ
Camillo HEGER
Prov. Dr. Gerhard KASTELIC
Dir. Dr. Norbert KASTELIC
Vizepräs. DKfm. Dr. Josef MAR-SCHALL
Leopold ÖSTERREICH
Magh. OSR Josef PINZENÖHLER
Hofrat i. R. Josef THALLER
Gen.-Dir. Peter WINTERSTEIN
2 Rechnungsprüfer:
Dir. i. R. OSR Gertraud JEDLICZKA
Walter N. CRAMMER

Schieds- und Ehrengericht:
Vorsitz:
WHR i. R. Dr. Christian RADEY

2 Beiräte:
Krim.-Oberst i. R. Ernst SPRUNG
Friederike SIECHE

Sekretariatsdienst: Das Sekretariat des Bundesverbandes und des Landesverbandes Wien werden gemeinsam geführt.

Öffnungszeiten:

Dienstag und Donnerstag von 10.00 bis 12.00 und 13.00 bis 16.00 Uhr, Mittwoch von 9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 15.00 Uhr.

Telefonisch ist das Sekretariat zu diesen angeführten Zeiten unter der Nummer (02 22) 43 11 44 zu erreichen.

(Fortsetzung von Seite 5)

darin darauf hin, daß die neue Wirtschaftsweise und die Industrialisierung mehr und mehr zu einer Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen geführt hatten. Der Staat dürfe nicht mehr bloß Wächter der Rechtsordnung nach liberaler Auffassung sein, sondern müsse Rechts- und Wohlfahrtsstaat sein. Begriffe wie „Neuaufbau der Gesellschaft“ und „Ständestaat“ fanden im politischen Leben Österreichs bald ein Echo. Wenn man aber später die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie damit rechtfertigen wollte, zeigte dies von einem argen Mißverständnis der neuen Begriffe. Die Kirche forderte die Heranziehung der Arbeiter zum gesellschaftlichen Neuaufbau, nicht die Aufspaltung oder gar Unterdrückung von Organisationen der Arbeiterklasse. Christliche Arbeitervereine und Gewerkschaften bildeten sich weiter aus und hatten große Schwierigkeiten durch die dominierenden Freien Gewerkschaften des sozialistischen Lagers.

Von 1934 bis 1938 währte das Experiment des Ständestaates auch auf dem Gebiet der Gewerkschaften und brachte nur geringe Erfolge. Erst Ende 1937 gelang es der Regierung, Verhandlungen mit Freien Gewerkschaften zur Zusammenarbeit angesichts der drohenden Gefahr vom Nationalsozialismus her zu erreichen. In den Märztagen 1938 standen auch die Gewerkschaften zur Verteidigung Österreichs bereit.

Mit der NS-Machtübernahme in Österreich mußten viele Gewerkschaften in die Gefängnisse und Konzentrationslager des totalitären Regimes. Die Überlebenden bauten 1945 gemeinsam den überparteilichen Gewerkschaftsbund auf. In der geböten und bewährten Sozialpartnerschaft der Zweiten Republik zeigten sich immer wieder Übereinstimmungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern auch im Sinne der beiden jetzt jubelnden Sozialenzyklen!

Landesverband Vorarlberg

Kameradschaftstreffen mit Totengedenken

Am Mittwoch, dem 6. Mai 1981, kamen Kameraden und Kameradinnen des Landesrates für Freiheit und Recht, Kreisverband München/BRD, nach Feldkirch zum Grab des am 30. Oktober 1979 in München verstorbenen Kam. Dr. Josef HIMMER. Der Verstorbene ist als Gegner des Hitler-Faschismus verfolgt worden und war dann bis zu seinem Tode Vorsitzender des Landesrates für Freiheit und Recht im Kreisverband München; diese Verfolgtenorganisation entspricht unserer Kameradschaft für politische Verfolgte oder dem KZ-Verband. Nach der Ankunft in Feldkirch trafen sich die Gäste aus München mit einigen Kameraden und Kameradinnen der ÖVP-Kameradschaft Vorarlberg im Gasthof SCHAFFLE zum gemeinsamen Mittagessen. Landesobmann Dr. Josef KIECKEIS begrüßte die Gäste und betonte dabei insbesondere, daß die Kameradschaft aus der Zeit der Verfol-

gung und des Widerstandes über alle Staatsgrenzen hinweg Bestand haben und das Gedenken und das Gebet für die toten Kameraden eine Verpflichtung für alle Zukunft bleiben müsse. Dann begaben sich alle zum Grab des Kam. Dr. HIMMER auf dem Friedhof Peter und Paul. Zwei Kameraden aus München legten einen Kranz nieder und zwei Trompeter der Stadtmusik Feldkirch spielten die Weise vom „Guten Kameraden“. Herr FORSCHLER aus München hielt eine kurze Gedenkrede und würdigte das vieljährige Wirken des Kam. Dr. HIMMER im Kreisverband München. Dekan Georg SCHELLING sprach sodann mit den am Grab Versammelten das Gebet des Herrn. Als Abschied ertönte noch, gespielt von den beiden Trompetern, die Melodie „Brüder, reicht die Hand zum Bund!“ Die ÖVP-Kameradschaft Vorarlberg wird den Kameraden in München einen Gegenbesuch abstatten.

Landesverband Burgenland

Eisenstadt: Kam. Helene Kohl gestorben

Am 12. Februar 1981 starb in Eisenstadt Frau Helene Kohl im 88. Lebensjahr. Sie war die Witwe des Opaersweinsinhabers Amstater Johann Kohl. Um sie trauern drei Kinder: ein Priester, eine Lehrerin und ein Arzt.

Die überaus große Beteiligung der Eisenstädter Bevölkerung am Begräbnis am 17. Februar gab Zeugnis von der Beliebtheit der Verstorbenen. Es kamen auch zahlreiche Trauergäste aus

Winden und Neusiedl am See, wo ihr Sohn als Pfarrer wirkte bzw. tätig ist. Eine Abordnung der ÖVP-Kameradschaft begleitete das treue Mitglied auf dem letzten Weg.

Die Totenmesse für die Priester Mutter zelebrierte ihr Sohn, Stadtpfarrer Prof. Dr. Johannes Kohl, unter Assistenz zahlreicher Priester.

R. I. P.

Eisenstadt: Weihe des Sylvester-Denkmals

Vor wenigen Monaten setzte sich ein Komitee unter Vorsitz von Hofrat Mag. Ulrich Sattler zum Ziel, für den am 19. Jänner 1939 im Konzentrationslager Dachau verstorbenen großen Burgenländer Dipl.-Ing. Hans Sylvester, der von 1934 bis 1938 Landeshauptmann war, ein Denkmal zu errichten. Der Akad. Bildhauer Prof. Josef Paulschitz schuf das eindrucksvolle Monument aus Kärntner Marmor mit Inschrift und Bronzebüste.

Am 5. April 1981 fand um 9 Uhr die Weihe des Denkmals in der Nähe des Landhauses (der Wirkungsstätte Sylvesters) und neben der neuen Hypo-Bank Burgenland (deren Mitbegründer Sylvester war) statt. Die Feuerwehrgemeinschaft der Landeshauptstadt leitete mit der Landeshymne den Festakt ein. Dann konnte der Initiator Hofrat Sattler zahlreiche Gäste, darunter die Sylvester-Tochter Frau Zehndorfer samt Familie, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Sauerzopf, Landesrat Dr. Groholsky, den Vorsitzenden des Bundesrates Univ.-Prof. Dr. Schambeck, Bürgermeister Korbaltis, den ehemaligen Reichsbundführer Komm.-Rat Melchart, viele Abgeordnete zum Landtag und Nationalrat sowie die Vertreter der Landwirtschaftskammer, des CV, des MKV und der politisch Verfolgten begrüßen. Im Auftrage von Diözesanbischof Dr. László

nahm Ordinariatskanzler Dr. Iby die Weihe vor. Danach würdigte Altlandeshauptmann Josef Lentsch in seiner Festansprache Leben und Wirken seines großen Vorgängers, dem durch diesen Gedenkstein die schuldige Ehrfurcht erwiesen wird. Im Schlußwort dankte Hofrat Sattler allen, die finanziell und ideell mitgeholfen haben, das Andenken Sylvesters durch die Schaffung eines Denkmals in Ehren zu halten, und bat Bürgermeister Korbaltis, das Mahnmal in die Obhut der Stadtgemeinde zu nehmen. Mit der Bundeshymne wurde die würdige Feier geschlossen.

Die Gedenkmesse in der Franziskanerkirche zelebrierte um 11 Uhr wieder Kanzler Dr. Iby, der in seiner Predigt betonte, daß Sylvester bis zu seinem Opfertod den wahren Werten des Menschen diene. Der Singkreis Eisenstadt brachte a-cappella die lateinische Marienmesse von Wolfgang Lentsch (Sohn des Altlandeshauptmannes) unter Leitung des Komponisten zur erhebenden Aufführung. Zum Offertorium sang ergreifend Rudolf Karl Neumayr, begleitet von Wolfgang Lentsch, die Arie „Selig sind, die Verfolgung leiden“ aus dem Evangelium von Kienzl (in der Bearbeitung für Bariton und Orgel). Möge der Gedenkstein für Landeshauptmann Sylvester allen mahnende Erinnerung und Verpflichtung sein!

K.ö.St.V. Kreuzenstein im MKV

Politischer Rechts- und Linksextremismus in Österreich

Zu diesem aktuellen Thema hielt Gesandter Dozent Dr. Robert PRANTNER am Dienstag, 19. Mai 1981, um 18.30 Uhr, im Studentenheim der katholischen Mittelschülerverbindung KREUZENSTEIN, Wien 21, Fahrbachgasse 11, einen Vortrag. Studenten und Gäste waren eingeladen gewesen und zahlreich gekommen. Der Vortragende war als Vorstandsmitglied des ÖÖV und als Bildungsfunktionär der ÖVP mit dem neuesten Stand der Extremismusforschung bestens vertraut. Die Teilnehmer an dieser Veranstaltung zeigten in ihren gestellten Fragen großes Interesse an dem Thema. Bedarf nach mehr Informationen und vor allem Besorgnis wegen der Ausweitung der Terrorismuswelle auf Österreich. Der studierenden Jugend sollten nun wirklich bald von den zuständigen Institutionen mehr und ausführlichere Publikationen und Vorträge zugänglich gemacht werden, um eine weitere Eskalation durch eine intensive Mitwirkung der Jugend in der Abwehr solcher Gesinnungen und Handlungsweisen zu verhindern! Im Rahmen des Lehrauftrages „Politische Bildung“ für die Schulen wurde noch zu wenig geboten!

Ihr gutes
Geld ...



... in bewährten
Händen



CREDITANSTALT

DIE KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR VORARLBERG

**Ist die gesetzliche Interessenvertretung für mehr
als 100.000 Arbeitnehmer.**

- Sie vertritt deren Belange in Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik. Sie stellt Beisitzer für das Arbeitsgericht und das Schiedsgericht der Sozialversicherung. Sie entsendet Vertreter in zahlreiche Körperschaften, wie die Vorarlberger Gebietskrankenkasse, den Landesschulrat und Beiräte der Landesregierung.
- Sie berät und interveniert in Fragen des Arbeitsrechtes, der Sozialversicherung, des Lehrlings- und Jugendschutzes sowie in Konsumentenangelegenheiten.
- Sie bietet der gesamten Bevölkerung kulturelle Einrichtungen an: Abendkurse, Bibliotheken, verbilligte Eintrittskarten für Theateraufführungen und Förderunterricht für Besucher des Abendgymnasiums für Berufstätige.
- Sie vergibt Wohnbaudarlehen, Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen; für langjährig tätige Arbeitnehmer und Jugendliche organisiert sie kostenlose Erholungsaufenthalte.

**DIE INTERESSEN DER ARBEITNEHMER VERTRETEN
UND DAS GEMEINSAME IM AUGE BEHALTEN**



**Kammer für Arbeiter und Angestellte
für Vorarlberg**

Österreichische Liga für Menschenrechte

Solidarität als Menschenpflicht

(Gedanken zum Weltjahr der Behinderten)

In der Jahreshauptversammlung am 15. Mai 1981, um 19.00 Uhr, in Wien 8, Albertgasse 48, Studentenheim, hielt der Sozialreferent der Liga, Kamerad Hofrat Dr. Franz DANIMANN, einen Vortrag über „Solidarität als Menschenpflicht“ und erinnerte eindringlich daran, daß in der grausamsten aller Diktaturen — im NS-Regime — die millionenfache Vernichtung, der systematische Massenmord, mit der Beseitigung der Menschenrechte begann.

Zu den sogenannten „Lebensunwerten“ gehörten bekanntlich auch zahlreiche Behinderte, die **Sonderbehandlungen** mit tödlichem Ausgang zugeführt wurden. Der Vortragende wies besonders auf Schloß Hartheim in Oberösterreich hin, in dem am 6. Mai 1981 ein Wohnhaus der ob. Wohltätigkeitshilfe für Beschäftigungstherapie eröffnet worden war. Gerade dieses Schloß hatte bei den NS-Sonderbehandlungen eine traurige Berühmtheit erlangt. Bei diesen „Maßnahmen“ hatte es sich keinesfalls um Ausnahmen oder gar „Übergriffe“ gehandelt, sondern um ein wohl vorbereitete System zur Beseitigung des „Abarztigen“, das dem „gesunden Volksempfinden“ widersprach, wie dies bereits aus früheren NS-Schriften herauszulesen war. Hartheim war nicht nur Mord-, sondern auch Schulungsstätte für SS-Angehörige, die für solche Maßnahmen in anderen Vernichtungsstätten ausgebildet wurden. Nach den Unterlagen und Untersuchungen wurden allein in der Gaskammer von Hartheim zwischen 23.000 und 30.000 Menschen ermordet. Unter den Todeskandidaten, aus verschiedenen Teilen des „Reiches“ herangebracht, befanden sich nicht nur Geisteskranke und Geistes schwache, sondern auch geistig gesunde Menschen aus Altersheimen, die als „unnütze Esser“ angesehen wurden. Man rühmte sich, daß in dieser Anstalt von der Ankunft der Busse mit neuen Heiminsassen bis zu der Auslieferung deren Asche oft nicht mehr als vier Stunden verstrichen. Im heutigen Österreich wurden auch an anderen Orten **Euthanasiemaßnahmen**, u. a. in Wien — Am Steinhof und im Klagenfurter Landeskrankenhaus durchgeführt. Die Tötung — nicht nur Unheilbarer — erfolgte dort durch Verabreichung von Gift in Speisen oder mittels Injektionen. Eine Rechtsgrundlage dafür gab es nach den damaligen Herrschaftsverhältnissen nicht, es galt der Führerbefehl!

Die Liga für Menschenrechte und auch andere Organisationen und Aktionen sind im Weltjahr der Behinderten

auch für diese Mitmenschen verstärkt bemüht. Die negative Einstellung weiter Bevölkerungskreise zu den Behinderten ist durch Informationen um mehr Verständnis zu bewegen, Einrichtungen zur beruflichen Förderung Körperbehinderter müssen noch ausgebaut und geschaffen werden und die Beratung und fortlaufende Betreuung von Betrieben, die Körperbehinderte beschäftigen, sollte verbessert werden. Es bleibt also noch viel zu tun, auch für die Folgejahre! Der Einsatz der Liga für die Menschenrechte sei daher auch ein Einsatz für die Rechte der Behinderten!

Hilfen für Behinderte

Der Nachrichtendienst des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger gibt in seiner Aussendung vom 25. März 1981 bekannt: Alle Unfall- und Pensionsversicherungsträger sind Servicestellen für die Behinderten. Medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation sind auch Aufgaben der gesetzlichen Unfall- und Pensionsversicherung. Die Sozialversicherungsanstalten, es sind dies die

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen, Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues, Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA), Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft, Sozialversicherungsanstalt der Bauern,

haben für die Betreuung der behinderten Versicherten in allen ihren Dienststellen (Haupt-, Landes- und Außenstellen) Informations- und Beratungsdienste eingerichtet; darüber hinaus finden in allen Gemeinden in regelmäßigen Abständen Sprechtage der Sozialversicherungsträger statt. Behinderte, die sich an diese Stellen wenden

(Fortsetzung auf Seite 10)



**Notwendiger
dann je ...
eine starke
Gewerkschaft!**

**Gewerkschaft
Öffentlicher
Dienst**

**1010 Wien,
Teinfalt-
straße 7**

**Telefon
63 96 61**

Sonderausstellung im DÖW

Für Freiheit und Menschenwürde —
Rosa Jochmann zum 80. Geburtstag

Am Montag, dem 18. Mai 1981, um 16.00 Uhr wurde diese Sonderausstellung in den Räumen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, Altes Rathaus, eröffnet. Die würdige Jubilarin Abg. zum NR a. D. Rosa JOCHMANN war anwesend und wurde vor den zahlreichen Gästen durch den Präsidenten des DÖW, Altbürgermeister Bruno MAREK, zum bevorstehenden 80. Geburtstag herzlich beglückwünscht und geehrt. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten war mit Bundesobmann Reg.-Rat PERNAUER und mehreren Wiener Vorstandsmitgliedern vertreten.

Rosa JOCHMANN war als profilierte Gegnerin des Nationalsozialismus bei der Annexion Österreichs 1938 in den Untergrund gegangen und überaus aktiv im Widerstand gegen das NS-Regime. Verhaftung, Verurteilung durch den Volksgerichtshof, Kerkar und nachher Einlieferung in das Frauen-KZ von Ravensbrück waren ihr bitteres Los bis zum Zusammenbruch der NS-Gewaltherrschaft. Für alle Mitkämpferinnen aus den verschiedensten politischen Richtungen, aus allen Gesellschaftsschichten und Nationen war sie immer selbstlos bemüht und leistete ihnen bestmögliche Hilfe in der großen Not. Sie hatte sich auch gewagt, den zu einer Lagerinspektion kommenden SS-Reichsführer HIMMLER um die in Aussicht gestellte Freilassung aus dem KZ zu bitten!

Von 1945 bis 1967 war Rosa JOCHMANN Abgeordnete zum Nationalrat und sehr eifrige Vorkämpferin für Frauenrechte. In der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände und im Präsidium des DÖW konnten auch die Vertreter der ÖVP-Kameradschaft mit der gefeierten Jubilarin immer gut zusammenarbeiten. Viele Verbesserungen im Opferrecht konnten durch ihre intensiven Bemühungen und ihr beharrliches Eintreten dafür erreicht

werden. Durch alles selbst mitgemachte Leid war und ist sie auch jetzt noch eine der oft bei der Jugend als Zeugin der Zeit geschätzte Gesprächspartnerin über die Gefahren des Rechtsextremismus und aller totalitären Gewinnungen. In dieser Ausstellung wird der Lebenslauf dieser allseits geschätzten Frau in den markanten Zeitabschnitten Österreichs eindrucksvoll gezeigt.

Mitteilung des DÖW

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Altes Rathaus, Wipplingerstraße 8, 1010 Wien, hat in der letzten Zeit von österreichischen Freiheitskämpfern bzw. aus deren Nachlässen zahlreiche für die wissenschaftliche Forschung wichtige Briefe, Dokumente, Photos sowie Bücher und Broschüren über den österreichischen Freiheitskampf erhalten. Es dankt auf diesem Wege allen Kameraden dafür herzlichst. Die Materialien werden sorgfältig archiviert und aufbewahrt.

Prof. Dr. Herbert STEINER
wissenschaftlicher Sekretär

Lagergemeinschaft Auschwitz

Diskussionen über
„Die Ermittlung“

Über das aktuelle Auschwitz-Stück „DIE ERMITTLUNG“ fanden am 13., 22. und 31. Mai und werden noch am 21. und 23. Juni 1981, jeweils um 21.00 Uhr, Diskussionen zwischen dem Publikum, den Schauspielern und überlebenden Häftlingen stattfinden. Ort: Wien 1, Schwarzenbergplatz Nr. 1, vierter Raum des Burghäuslers. Die Diskussionsabende sind frei zugänglich. Beim Stück selbst handelt es sich um eine äußerst packende Inszenierung.

Hinweise der Redaktion:

1. Einsendungen

Die Landesverbände und alle Kameraden mögen beachten:

- a) Maschinschrift, großer Zeilenabstand, einseitig,
- b) Zeitungsausschnitte mit Zeitungsnamen und Ausgabedatum,
- c) Redaktionsschluss ist Mitte Februar, Mai, August und November.

Andreas HILLGRUBER:

Otto von Bismarck.

Gründer der europäischen Großmacht
Deutsches Reich.

Mit Photos. Göttingen, Zürich u. a.: Musterscheidt, 115 Seiten, Brosch. 5 Bz. 20.

In seinem in dieser Biographie zitierten Memoirenwerk bekannte der väterlicherseits dem märkischen Uradel, mütterlicherseits dem gelehrten Bürgertum entstammende, 1815 geborene Otto von Bismarck, daß er als Scholaspilger zwar die Republik als vernünftige Staatsform ansah, doch diese Betrachtungsweise in Stadium theoretischer Überlegungen blieb und nicht stark genug waren, um angeborene preußisch-monarchische Gefühle auszulöschen. Seine geschichtlichen Sympathien blieben auf der Seite der Autorität! Hillgruber schält in vorliegendem Bändchen die Leitlinien der Politik Bismarcks heraus und es ist nahelegend, daß den österreichischen Rezipienten das Verhältnis zu Österreich—Ungarn besonders interessiert. Nach den Gymnasialjahren, in die die Jalinrevolution von 1830 in Paris fiel, und juristischen Studien wurde er Landwirt und Deichhauptmann, heiratete 1847 Johanna von Puttkamer, erbte die Revolution von 1848 in Frankreich und Deutschland und ging 1849 in die Politik, in der er Stufe um Stufe erklimmte, diplomatische Posten bekleidete und schließlich 1862 von König Wilhelm I. zum preußischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen ernannt wurde. 1851 sagte er zu dem im Rheingau lebenden ehemaligen österreichischen Staatskanzler Metternich, daß Preußen noch nicht „saturiert“ sei, und es im höheren Interesse Österreichs liegen müsse, daß Preußen „saturiert“ werde. Preußen und Österreich blieben im Krimkrieg 1854—1856 zwischen Rußland gegen Großbritannien — Frankreich — Türkei neutral, doch schrieb Bismarck 1855 auf der Höhe des Krieges in Bezug auf Österreich: „Nur keine sentimentalen Bändnisse ... wir müssen mit Realitäten wirtschaften — nicht mit Fiktionen.“ Und weiter: „Deutschland ist nun einmal zu klein für Österreich und Preußen ... es könnte sein, daß wir für unsere, Preußens Existenz gegen Österreich werden fechten müssen.“ 1866 war also schon anvisiert! Wie denn der rote Faden, der die angestrebte Vortriebskraft Preußens markiert, unübersehbar ist! Benehmenwert ist weiter, wie der Biograph schreibt, daß der Polenhaß weit über das Maß der Geringschätzung Bismarcks von Klein- und Mittelstaaten hinausging. Bismarcks Politik eines von Preußen gegen Österreich entfachten Krieges umfaßte 1. ein Bündnis mit Italien, 2. die Herbeiführung einer neutralen Haltung Frankreichs, und 3. die Unterstützung von Rechten der nichtdeutschen Nationalitäten Österreichs—Ungarns. Bismarck meinte weiter: „Wenn der Antagonismus zwischen Österreich und Preußen einmal zum Austrag gekommen ist, werden wir uns nicht mehr mit den geringen Vorzügen der beiden Elberzogtömer Schleswig und Holstein begnügen dürfen.“ Bismarck strebte den Krieg von 1866 mit allen Mitteln an, obwohl nicht nur die Liberalen dagegen waren. Er pflegte die Kontakte zu Kossuth und zu den Tschechen sowie zu den Rumänen und Südslaven, zugleich sollten die Italiener den mit ihnen verabredeten Stoß nach Österreich—Ungarn führen. Bismarcks politisches Ziel war ein protestantischer norddeutscher Bund, bei

(Fortsetzung von Seite 8)

den, erhalten — unabhängig davon, ob der aufgesuchte Sozialversicherungsträger auch im Einzelfall zuständig ist — alle Auskünfte über Voraussetzungen, Art, Umfang und Verfahren der Rehabilitation. Die Informationsstelle unterrichtet den zuständigen Versicherungsträger, der den Behinderten zu einem persönlichen Gespräch einlädt, bei dem konkrete Entscheidungshilfen angeboten werden. Schwerbehinderte werden über Wunsch auch in ihrer Wohnung beraten.

vorläufiger Ausklammerung des katholischen Süddeutschlands. Die Kandidatur des Prinzen Leopold aus der süddeutsch-katholischen Linie der Hohenzollern für den spanischen Thron erregte Frankreich. Bismarck strich die „Emscher Depesche“, um eine Eskalation zu erreichen, sozusammen, daß auf Zug und Gegenzug die Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland erfolgte. Frankreich verlor nach den Schlachten von Sedan und Metz und der von Bismarck angeordneten Beschießung von Paris den Krieg. Bismarck gelang damit der Zusammenschluß der Süddeutschen mit dem Norddeutschen Bund zum Deutschen Reich! König Wilhelm I. wurde im Spiegelsaal von Versailles (I) 1871 zum Deutschen Kaiser ausgerufen. Wie erst 1968 bekannt wurde, bedurfte es einer Zahlung von 5,2 Millionen Goldmark, in jährlichen Raten zu 300.000 Goldmark an König Ludwig II. von Bayern, um ihn zu veranlassen, den Antrag auf Zuerkennung des Kaisertitels an Wilhelm I. von Preußen zu stellen. Frankreich mußte Elsaß und Lothringen an Deutschland abtreten. Aber erst seit dem Berliner Kongreß von 1878, an dem Großbritannien, Rußland, Österreich-Ungarn, die Türkei sowie Frankreich und Italien teilnahmen, wurde Bismarck durch seine politische Mäktigkeit, die sich über die Interessen des von ihm geschaffenen Deutschen Reiches hinaus erstreckten, als europäischer Staatsmann anerkannt. Beim geheimen Dreikaiservertrag von 1881 zwischen Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn sagte er zum russischen Gesandten: „Versuche selbstbittl zu sein, so lange das unsichere Gleichgewicht von fünf Großmächten regiert wird.“ Zwei Ab-

tenfälle auf Kaiser Wilhelm I. 1878, mit denen die Sozialdemokratie nichts zu tun hatte, veranlaßten ihn, die rechtsstaatlichen Prinzipien hinreichend Sozialistengesetze einzubringen. Für die sozialen Probleme der sich rasch entwickelnden Industrialisierung hatte er lange Zeit kein Gespür, wie ihn denn auch innenpolitische Probleme nur in Verbindung mit außenpolitischen Belangen interessierten. Die Katholiken betrachtete er als „Internationale Gruppe“, die eine Verschiebung gegen das Reich vorhätten. Aber obwohl Bismarck dann doch seit 1881 Sozialreformen begünstigte, bildete die noch ungelöste soziale Problematik den Anlaß, daß er 1890 von Wilhelm II. entlassen wurde. Seine Befürchtungen, „das Reich könne durch Vereinbarung der deutschen Monarchen und den freien Staaten unter Umgehung der Landesparlamente wieder aufgelöst werden“, erwies sich, weil verfassungsrechtlich nicht gedeckt, als grundlos. Diese Einstellung zeigte vielmehr an, daß der altgediente Bismarck seine Person nicht von seinem Werk zu trennen vermochte, zudem er es verabsäumt hatte, rechtzeitig einen geeigneten Nachfolger heranzuziehen. Wenn Hilgruber schreibt, daß das von Bismarck geschaffene Deutsche Reich nun schon Generationen von Historikern und Publizisten in Bann gezogen hat und „daß die Katastrophe von 1940 ... die Spannwerte zwischen Bewunderung und Ablehnung nicht verringert hat“, so ist dazu zu sagen, daß ein so emsig arbeitender Historiker wie Hilgruber inzwischen zu der Erkenntnis hätte gelangen müssen, daß die Katastrophe ja schon am 30. Jänner 1933, nämlich mit der Machtergreifung durch Hitler begonnen hat. Robert R. Polak

HORN Wolfgang: **Der Marsch zur Machtergreifung. Die NSDAP 1916-1933.** Kröger-Taschen: Altmann-Verl. 1960, 451 Seiten. Brosch. (Droste Taschenbücher Geschichte 7234). Vorliegendes Taschenbuch ist eine Neuauflage eines bereits 1972 erschienenen Werkes. Wichtige Quellen waren das Hauptarchiv der NSDAP, die Bayerischen Staatsarchive sowie Hunderte von Printmedien aus der NS-Zeit, sowie eine große Anzahl von Werken über den Nationalsozialismus. Der Historiker Horn beginnt seine Darstellung mit der im Herbst 1919 erfolgten Gründung der völkisch-nationalistischen „Deutschen Arbeiterpartei“ durch den Werkzeugmacher Anton Drexler und den Journalisten Karl Harter, der als Mitglied Nr. 7 Hitler beirät. Das Vokabular der zu erst kleinen Partei war wenig differenziert und bestand zumeist aus Schlagworten, wie „Novemberverrat“, „Demokratie ist Judenheuschreck“, „Deutschland braucht einen Führer“ und dgl. Hitler wurde dank seiner Rednergabe bald Werbebotschafter und setzte sich diktatorisch bald an die Spitze der NSDAP, wie sich die Partei seit 1920 nannte. Er definierte: „Vorsitzender bestimmt — Ausschuß arbeitet.“ In dieser Studie wird genau bewiesen, daß Hitler niemals von dieser Maxime abgewichen ist. Wenn es gelegentlich so den Anschein hatte, so war dies nur der äußerlich erkennbare Verlauf einer taktisch zielhörenden Vorgangsweise. Der Ruf nach einem „Kaiser“, der aus dem Kynhäuser kommt, kam ihm dabei sehr entgegen. 1921 wurde die SA gegründet, die nicht nur Saalschutz, sondern auch „Ehre“ der Partei sein sollte. Die Di-

(Fortsetzung auf Seite 12)

• TV • Radio • HiFi •

ELIN LOEWE



Beratung
und Service
in allen
Bundesländern.

FABRIK ELEKTROTECHNISCHER APPARATE

Friedrich Wolf KOMM.-GES.

Wien 14, Lützowgasse 3—5

Telefon 9441 07 und 9441 08

(Fortsetzung von Seite 11)

ferenzen zwischen den SA-Führern und den politischen Funktionären werden hier genau dargestellt, ebenso die Entwicklung der SS und der Hitlerjugend. Die verschiedenen Freikorps wurden bald überspielt und am 8. November 1923 gläubten Hitler und der ehemalige General-Quartiermeister Ludendorff mit dem „Marsch zur Feldherrnhalle“ die Macht in Deutschland ansetzen zu können, nachdem sie die parlamentarische Demokratie von Anfang an verachtet hatten. Hitler kam in Haft, die NSDAP wurde zeitweilig verboten, Alfred Rosenberg und Ludendorff ihre zeitweiligen Führer. Die illegale Partei geliet in Schwäche und wurde 1925 neu gegründet, nachdem es Hitler schon während seiner Haft gelungen war, sich über die Bewegung zu stellen. Versuche in seiner Partei, sowie anderer Parteien ihn als „Trommler“ zu verwenden, die politische Führung aber anderen Leuten anzuvertrauen, wurden von ihm stets mit Erfolg abgewehrt, zumal er sich immer wieder der Treue versichern ließ, und dem es immer gelang, seinen Grundsatzen „Politische Ideen und Führer sind untrennbar eine Einheit“ ausgerechnet zu propagieren. Die Verbindung zur Reichswehr wurde gelöst, 1924 übernahm Rohm in Salzburg (I) von Göring die Führung der SA. Otto Strasser verließ 1930 mit anderen „nationalen Sozialisten“ die NSDAP. Hitler umging diese Klippe ebenso wie die „Arbeitsgemeinschaft Nord-West“ der Gauleiter, der auch Goebbels angehörte und Gregor Strasser, der eine gemäßigte Politik vertrat, der Bruder Otto Strassers. Theoretische Erörterungen wies Hitler von sich, er wollte die ganze Macht, und nie sie stückweise an sich. In der „Harburger Front“ 1931, nach den gewinnbringenden Reichstagswahlen von 1930, bediente er sich zwar des „Stahlhelms“ und anderer nationaler Parolen, um sich um so stärker von ihnen zu distanzieren und das „Primat der NSDAP unter ihrem Führer Adolf Hitler“ um so stärker herauszustellen. Als 1931 wieder die Deutsche nationalen noch der Stahlhelm Hitler als Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten in Hinblick auf seine Staatenlosigkeit (seit 1924) vorschlugen, meinte der „empörte“ Hitler, die deutsche Staatsbürgerschaft „könne er leicht in Braunschweig erwerben“. Was dann auch geschah. 1932 wurde die SA und die ursprünglich als Leibwache organisierte SS kurzfristig von der Reichsregierung verboten. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 wurde Hitler von Hindenburg sowohl im 1. Wahlgang am 13. März, als auch im 2. Wahlgang am 19. April geschlagen. Doch brachten die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg am 24. April ein starkes Anwachsen der NSDAP. In Preußen bestand daher aus der von Weimarer Koalition gebildeten Regierung aus SPD, Zentrum und Demokratischer Partei keine Mehrheit mehr. Den kurz aufeinanderfolgenden Politikern im Kanzleramt Brüning, Papen und General Schleicher, gelang es nicht, trotz zeitweiliger wirtschaftlicher Erfolge sich zu behaupten, zumal die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932,

37,6% — Göring wurde Reichstagspräsident — und bei den nach Auflösung des Reichstages erfolgten Neuwahlen am 6. November immerhin 33,5% der Stimmen erreichen konnte. Schleichers Plan, mit Hilfe des gemäßigten Gregor Strasser die NSDAP zu spalten, mißlang, worauf Hindenburg am 30. Jänner 1933 Hitler zum Reichkanzler berief.

Das Anliegen des Buches besteht in der Darstellung „des Manövers der NSDAP bis zur Machtergreifung im Jahre 1933“. Obwohl das Hauptarchiv der NSDAP nicht mehr vollständig erhalten ist, so bot das vorhandene Material so viel, um nicht nur eine Parteigeschichte zu verfassen, in der die unterschiedlichen Auffassungen von Hitlers Gefolgsmännern ausführlich dargestellt werden konnten, sondern in der auch das Verhältnis der SA und SS, sowie abweichende Tendenzen und Strömungen herausgearbeitet wurden.

Im Verein mit einer ausführlichen Chronologie, die in diesem Werk leider fehlt, bietet die Arbeit ein ausgezeichnetes Bild über die NSDAP, die keine Arbeiterpartei war, sondern eine sui generis — eine „Klasse für sich“, deren Methode die Gewalt und deren Ziel die Zerstörung der Demokratie war.

Robert R. Pollak

Ausstellung

Aquarelle der Malerin ROLLOT-CEHEM

Im Rahmen der Wiener Festwochen 1981 findet in Wien 19, Pyrenäengasse Nr. 11, Stock eine Ausstellung von Aquarellen der bekannten französischen Malerin Rollet-Cehem mit dem Thema „POETISCHE TIERWELT“ statt. Die VERNISSAGE war am 25. Mai 1981, um 19 Uhr. Die Ausstellung wird bis Dienstag, den 30. Juni 1981, gezeigt. Die Öffnungszeiten sind: Montag bis Donnerstag von 10 bis 12 und von 15 bis 18 Uhr, Freitag von 10 bis 12 Uhr. Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist eine Besichtigung nach Rücksprache mit unserem Kam. ÖSTERREICH, erreichbar unter der Telefonnummer 36 32 20 oder 37 30 143, möglich.

Achtung

Das Sekretariat der Bundesleitung und des Landesverbandes Wien in Wien 8, Laudongasse 16, ist in den Monaten Juli und August 1981 geschlossen.

Für dringende Angelegenheiten ist im Monat Juli 1981 an jedem Mittwoch (1., 8., 15., 22. und 29. 7.) in der Zeit von 9 bis 12 Uhr ein Journaldienst eingerichtet.

Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde“ Geburtstage. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFER gratulieren herzlichst:

Landesverband Burgenland:

- 50 Jahre: Ing. Franz KAUFMANN (15. 6.)
55 Jahre: Edith HÖNE (20. 6.)
65 Jahre: Theresia BAUER (1. 7.)
HS-Dir. I. R. OSR Wilhelm GREGORICH (8. 5.)

Landesverband Wien:

- 50 Jahre: Gesandter Doz. Dr. Robert PRANTNER (26. 6.)
60 Jahre: Walter GRAMMER (5. 7.)
70 Jahre: Hofrat Prof. Hermann STUJINSKY (28. 6.)
75 Jahre: Baumeister Josef KAIM (23. 5.)
Hofrat Mag. Josef ROIGER (24. 5.)
65 Jahre: Grete HIESSMANSEDER (14. 5.)
Dr. Luise KELLNER (11. 6.)

Unsere Toten

Landesverband Wien:

- Elisabeth EIDLITZ, Wien 7, starb am 12. 11. 1980 im 89. Lebensjahr
Maria von TRAU, Wien 9, starb am 24. 2. 1981 im 84. Lebensjahr
Ignaz RÖHNER, Wien 22, starb am 30. 3. 1981 im 77. Lebensjahr
Hofrat Dr. Alois TOMEK, Wien 9, starb am 5. 4. 1981 im 85. Lebensjahr
Mathilde FRANEK, Wien 15, starb am 26. 4. 1981 im 96. Lebensjahr

Landesverband Burgenland:

- Helene KOHL, Eisenstadt, starb am 12. 2. 1981 im 68. Lebensjahr

Landesverband Niederösterreich:

- Geistl. Rat Anton BURGER, Weissenkirchen, starb am 13. 5. 1981

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Dr. Franz HAUF, Camillo HEGER, Richter Dr. Josef KECKEIS, Robert R. POLLAK, Dir. i. R. Ing. Karl SERSCHEN, Hanna TELTSCHER, Obernat. Mag. Dr. Josef WINDISCH.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten.“ Redaktion und verantwortlich: DR. Mag. Dr. Josef Windisch, Alle Wien VIII, Laudongasse 16. Druck: Typographische Anstalt, 1152 Wien, Witzelsberggasse 26—28.